Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2015-09-07

Antragsteller: Fraktionen/Stadtvertreter/
Ortsbeiräte
Bearbeiter/in: Fraktion DIE LINKE
Telefon: (03 85) 5 45 29 57

Antrag Drucksache Nr.

00477/2015

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Stadtvertretung

Betreff

Angebot einer gemeinnützigen Schuldner- und Insolvenzberatung in Schwerin auch über das Jahr 2015 hinaus sichern

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung stellt fest, dass die Existenz einer gemeinnützigen Schuldner- und Insolvenzberatungsstelle (SIB) auch über das Jahr 2015 hinaus dringend erforderlich ist.

Sie fordert die demokratischen Fraktionen des Landtages auf, im Zuge der Beratungen zum Doppelhaushalt 2016/2017 dafür Sorge zu tragen, dass die Finanzausstattung der SIB' en in Mecklenburg – Vorpommern signifikant verbessert wird.

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen dass unabhängig von der Entscheidung zum Landeshaushalt auch 2016 ein entsprechendes Angebot für die Schwerinerinnen und Schweriner vorgehalten wird. Über die diesbezüglich eingeleiteten Maßnahmen soll sie die Stadtvertretung bis zur Oktobersitzung 2015 informieren.

Begründung

Vor dem Hintergrund, dass in unserer Stadt jeder fünfte Haushalt als überschuldet gilt, benötigen wir auch in Zukunft dringend eine gemeinnützige Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstelle (SIB), um Betroffenen ein kostenloses Hilfeangebot unterbreiten zu können.

Aufgrund der mangelhaften Finanzausstattung durch das Land hat der bisherige Träger Lichtblick erneut angekündigt, die Schweriner Beratungsstelle zu schließen. Generell kämpfen die derzeit noch 24 Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen (SIB) im Land um ihre Existenz. Die Vorsitzende der LAG SIB im Land spricht in der SVZ vom 03.09.2015 von einem Sterben auf Raten. Binnen 15 Jahren seien mehr als 20 Prozent der Beratungskapazität verloren gegangen, obwohl der Bedarf unvermindert groß ist. Beklagt wird insbesondere, dass die Sachkosten seit 1999 bei 6.136 Euro eingefroren blieben, während für vergleichbare Bildschirmarbeitsplätze von Landesbediensteten 12.910 Euro zur

Verfügung stünden. Der Eigenanteil der Träger sei permanent gestiegen, was dazu führe, dass die SIB für viele nicht mehr finanzierbar sei. Daher sollte die Frage im Rahmen der Beratungen zum Doppelhaushalt des Landes dringend noch einmal aufgeworfen werden.

Die Stadt hat ihren Zuschuss in Höhe von 104.000 Euro konstant gehalten und zudem durch die Bereitstellung neuer Räumlichkeiten für Entlastung bei den Sachkosten gesorgt. Sollte der jetzige Träger wie angekündigt sein Angebot einstellen, muss die Stadt selbst dafür sorgen, dass ein entsprechendes Angebot vorgehalten wird. Dies muss mindestens die Schuldnerberatung, sollte jedoch auch die Insolvenzberatung umfassen. Um die landesseitig notwendige Anerkennung erhalten zu können, muss fachkundiges Personal rekrutiert werden. Die Zeit drängt, daher soll die Stadtvertretung bereits im Oktober 2015 erneut über den aktuellen Sachstand informiert werden.

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: ---

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen: ---

nein

Anlagen:

keine

gez. Henning Foerster
Fraktionsvorsitzender